

Leitartikel

Schwierige Beziehungskiste

Im Streit mit der CDU kann die CSU nur verlieren

Von HENRY STERN
henry.stern@mainpost.de



Einem Beziehungsberater bräuchten Angela Merkel und er nicht, versicherte CSU-Chef Horst Seehofer diese Woche: „Wir können uns noch selbst therapieren.“ Dabei hatte die Beziehungskiste zwischen CSU und CDU in den letzten Wochen schon sehr viel von einer zerrütteten Ehe. Selbst auf einen Ort für ein therapeutisches Wochenende konnte man sich quälend lange Zeit nicht einigen.

zwischen Merkel und Seehofer nicht zu übersehen. Doch der CSU-Chef kann mit seinem Anti-Merkel-Kurs auch auf sehr breite Unterstützung in seiner Partei bauen. Durch den Konflikt mit Merkel konnte Seehofer seine interne Machtposition in der CSU sogar stärken.

Wichtigstes Hindernis für einen schnellen Frieden könnten aber tiefe strategische Differenzen der beiden Unionsparteien sein: Während die CSU als bundespolitische Kraft nach wie vor von der Alleinregierung in Bayern abhängt und deshalb breite Wählergruppen von weit rechts bis in die Mitte ansprechen muss, scheint die CDU auf Bundesebene dank vieler Machtoptionen mit SPD, Grünen oder FDP längst mit einer Dreißig-Prozent-Plus-Mehrheit zufrieden.

Eine linke Regierung gegen die Union ist derzeit tatsächlich wenig realistisch. Manche CSU-Strategen behaupten deshalb sogar, in der CDU-Zentrale gebe es gar kein Interesse mehr an einer in Bayern starken CSU. Im Gegenteil: Verlore wäre für eine Merkel-CDU das Regieren sogar deutlich leichter.

Ein solcher Kurs wäre auf mittlere Sicht für die Union wohl nicht ungefährlich – siehe Österreich. Ein 2017 daraus resultierendes buntes Berliner Regierungsbündnis etwa mit SPD und Grünen wäre für die CSU aber nur ein Jahr vor der nächsten Landtagswahl sofort eine bedrohliche Existenzfrage.

Seehofer kann also eigentlich gar nicht nachgeben. Doch setzt er seine harten Merkel-Angriffe fort, verschreckt er nicht nur gemäßigte CSU-Wähler, sondern droht auf Dauer auch zum bayerischen Maulhelden zu werden, der zwar stets bellt, aber nicht beißen kann.

Keine angenehme Lage: So, wie es derzeit aussieht, kann die CSU im Machtkampf mit der Merkel-CDU eigentlich nur noch verlieren.



ZEICHNUNG: HARM BENGEN

Was uns die Umwelt wert sein sollte

Peter Bofinger erklärt, wie Steuern den Klimawandel positiv beeinflussen können

Das Gespräch führte
SARA SOPHIE SCHMITT



„Mit Steuern den Klimawandel in den Griff zu bekommen, ist eine uralte Einsicht der Ökonomen.“

Peter Bofinger,
Würzburger Ökonom

„Das EEG ist global eine ganz große Erfolgsgeschichte“, sagt der Würzburger Ökonom und Wirtschaftswissenschaftler Peter Bofinger. Dennoch hielt er eine Reform des Gesetzes für überfällig. Den Beschluss des Bundeskabinetts hält der Wirtschaftswissenschaftler für sinnvoll. Er würde sogar noch weitergehen. Wie eine Steuer den Klimawandel positiv verändern könnte, erklärt er im Interview.

FRAGE: Lange hat es gedauert, nun hat das Bundeskabinett die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) beschlossen. Ein Erfolg?

PETER BOFINGER: Die Einführung der Ausschreibungsmodelle ist ein Erfolg. Ich freue mich insbesondere darüber, weil ich einer der wenigen deutschen Ökonomen war, der sich frühzeitig für diese Lösung eingesetzt hat. Die Ausschreibung hat den großen Vorteil, dass sie einen Beitrag zur kostengünstigeren Erzeugung erneuerbarer Energien erbringt. Die Subventionen, die der Investor veranschlagt, werden nicht länger Pi mal Daumen vom Staat vorgegeben, sondern sie werden in einem Wettbewerbsverfahren bestimmt. In vielen anderen Ländern werden solche Ausschreibungen praktiziert.

Was steckt dahinter?

BOFINGER: Wenn der Staat ein Schulgebäude baut, legt er nicht vorab einen Preis fest, sondern schreibt das Bauvorhaben aus. Das Prinzip gilt nun auch für erneuerbare Energien. Wenn der Staat erneuerbare Energien bestellt, schreibt er dies aus. Es kommen dann diejenigen zum Zug, die die Leistung am günstigsten anbieten. Für kleinere Anbieter sieht das neue EEG vereinfachte Verfahren vor.

Sind nicht etwa Dumpingpreise und in der Folge Kündigungen der Arbeitskräfte die Konsequenz?

BOFINGER: Das glaube ich nicht. Das ganze öffentliche Beschaffungswesen basiert auf Ausschreibungen. Bei erneuerbaren Energien ist bei diesen Ausschreibungen zudem vorgesehen, dass derjenige, der seine Leistung zu günstig anbietet und danach nicht liefert, eine Strafzahlung leisten muss.

Wer sind die Gewinner der Reform des EEG?

BOFINGER: Die Bürger, die jetzt den Strom aus erneuerbaren Energien günstiger bekommen. Grundsätzlich wird beim Einfluss des EEG auf den Strompreis jedoch sehr viel dramatisiert.

rücksichtigen sollte, etwa indem man Leitungen unter die Erde legt statt ganze Landschaften zu versandeln.

Warum war eine Reform des Gesetzes überhaupt notwendig?

BOFINGER: Das EEG ist global eine ganz große Erfolgsgeschichte. Es hat dafür gesorgt, dass weltweit der Preis für erneuerbare Energien gesunken ist. In der ganzen Welt wird nun Solar-energie großflächig eingesetzt. Da haben wir in Deutschland einen großen Beitrag für den globalen Klimaschutz geleistet. Erneuerbare Energien waren am Anfang ein Exotenprodukt. Inzwischen haben sich sehr etablierte Märkte gebildet. Es hat sich gezeigt, dass das bisherige Verfahren häufig ein warmer Regen für alle jene war, die den richtigen Standort hatten. Zeitweise wurden bei der politischen Förderung zu hohe Preise festgelegt. Deswegen war die Reform richtig und wichtig. Das gilt auch dafür, dass die Art der Förderung beibehalten wird.

Wie beeinflusst diese Förderung den Markt?

BOFINGER: Namhafte deutsche Ökonomen befürworten Förderverfahren, die sehr viel mehr Unsicherheit für die Investoren bedeutet hätten und so wahrscheinlich zu einem Stillstand des Ausbaus geführt hätten. Das Prinzip, dass man als Investor eine Förderung für die gesamte Laufzeit erhält, bleibt erhalten, das ist das Entscheidende. Es bleibt die Frage, ob man den Ausbau nicht noch ambitionierter gestalten sollte. Bei der Bedrohung durch den Klimawandel und den großen Unsicherheiten, die sich damit verbinden, würde ich nicht kleckern, sondern klotzen.

Wie müsste das ganz konkret aussehen?

BOFINGER: Das bisherige Verfahren ist okay, aber man könnte großzügigere Ausbaupfade festlegen. Die Frage ist, ob man als Gesellschaft nicht ambitionierter handelt, auch auf die Gefahr hin, dass das den Verbrauchern etwas mehr kostet. Das sollte es uns wert sein für unsere Kinder und Kindeskiner. Wir sollten alles tun, damit wir nicht eine Umwelt haben, die im Jahr 2100 kollabiert. Die Herausforderung des Klimawandels ist eine sehr wichtige Sache. Wenn man den Klimawandel positiv gestalten will, stellt sich die Frage, ob man zusätzlich zur Förderung bestimmter Energien nicht zusätzlich europaweit eine Steuer auf CO₂ festlegen sollte. Auf die Art und Weise könnte CO₂ europäisch und weltweit reduziert werden. Der Versuch, mit Steuern den Klimawandel in den Griff zu bekommen, ist eine uralte Einsicht der Ökonomen.

Zitat des Tages



Angela Merkel FOTO: KAY NIETFFELD, DPA

„Eine der großen Tugenden, die Sie im Unternehmerischen ja auch kennen, ist, dass man immer auf den richtigen Zeitpunkt warten muss.“

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) bei der Stiftung Familienunternehmen auf die Frage, ob sie zur nächsten Bundestagswahl wieder antritt

Impressum

MAIN-POST SCHWEINFURTER TAGBLATT
VOLKSBLATT VOLKSZEITUNG BOTE VOM HASSGAU

unabhängig überparteilich

Verlag und Druck: Main-Post GmbH & Co. KG
Registrierungsgericht: AG Würzburg HRA 6681
Chefredakteur: Michael Reinhard
Chefredaktion: Helmut Hinkel (Lokalredaktionen und Chef v. Dienst), Andreas Kemper (Chef v. Dienst/Digitales), Peter Krones (Sonderpublikationen, Projekte), Folker Quack (Überregionales).
Weitere verantwortliche Redakteure: Martina Riederle (Deskleiterin Überregional und Reise), Joachim Staab (Deskleiter Überregional), Achim Muth (Regionalredaktion), Wolfgang Keil (Kultur und Journal), Günther Schwärzer (Sport), Michael Deppisch (Wirtschaft).
Stellvertreter: Michael Czygan (Regionalredaktion), Ralph Heringlehner (Kultur), Margit Klinger (CvD und Ausbildung), Hans Strauß (Sport).
Korrespondenten: Martin Ferber, Rudi Wais (Berlin), Dr. Jens Schmitz (Washington), Henry Stern (München), Gerd Drewes, Mirjam Moll (Brüssel), Gerd Höhler (Athen), Susanne Güsten (Ankara), Julius Müller-Meiningen (Rom), Birgit Holzer (Paris), Dr. Martin Gehlen (Kairo), Katri Pribil (London).
Anzeigen: Matthias Fallner, Peter Kruse (Stv.).
Für Anzeigen gelten unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Preisliste Nr. 65 v. 1. 1. 2016.
Vertrieb: Holger Seeger;
Logistik: Alexander Brümmer.
Persönlich haftende Gesellschafterin: Main-Post Verwaltungen GmbH, Registergericht: AG Würzburg HRB 10997; Geschäftsführer: David Brandstätter.
Gemeinsame Postanschrift: Berner Straße 2, 97084 Würzburg, Telefon (0931) 6001-0, Fax (0931) 6001-420, E-Mail: service.center@mainpost.de.
Abonnementpreis: Bei Trägerzustellung monatlich 33,90 Euro, im Studenten-Abonnement monatlich 27,10 Euro. Postbezugspreis monatlich 38,00 Euro, mainpost.de-Zugang monatlich 1,00 Euro, jeweils inkl. MwSt.
Bei Ausfall infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg besteht kein Erfüllungs- und Entschädigungsanspruch. Kündigung des Abonnements nur schriftlich beim Verlag mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende.
Alle Rechte gemäß § 49 UrhG vorbehalten. Es gelten die AGB für Anzeigen und Vertrieb unter mainpost.de.
Ercheinungsweise werktags.
Anzeigen sind der IVW angeschlossen, das bedeutet: geprüfte Auflagenangaben.

Leserforum

Ihre Briefe bitte an: E-Mail: leserbriefe@mainpost.de; Fax: (0931) 6001-346, Postanschrift: Redaktion Leserbrief, Berner Straße 2, 97084 Würzburg. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Leserbriefe werden auch im Internet veröffentlicht.

Urbild aller Ikonen

Zum Artikel „Wahre Bilder von Jesus“ (1.6.):
Nach dem Evangelisten Johannes (20,7), der Jesus sehr wohl persönlich kannte und mit Petrus am (Oster-)Sonntag morgens zum Grab geeilt ist, lag das Schweißstück, das auf dem Kopf Jesu gelegen hatte, nicht bei den Leinenbinden, sondern zusammengebunden daneben an einer besonderen Stelle. Das Schweißstück war eines von drei Tüchern, in die die Juden ihre Toten bestattet haben. Paul Badde beschreibt in seinem Buch „Das wahre Angesicht“ sehr interessant und spannend, wie dieses Schweißstück in die

Hände der Apostel kam, von dort nach Edessa, von dort in den Pfeiler der Veronika der Vatikanbasilika, von dort nach Manoppello, einem kleinen Dorf in Italien. Dort wird dieses Tuch aus Muschelseide, genannt Volto Santo, seit über 400 Jahren von Kapuzinern aufbewahrt und verehrt. Wir sehen ein lichtdurchlässiges Gewebe. Bei bestimmten Lichtverhältnissen erkennen wir das zärtlich blickende Gesicht eines Mannes – deckungsgleich mit dem Gesicht des Turiner Grabtuchs – das „wahre Bild“ (verus eikon) – Veronika, das Urbild aller Ikonen.
Volker Müller, 97816 Lohr

Zu Milchbauern demonstrieren gegen den Preisverfall“ (31.5.):
Die Politik wie die maßgeblichen Behörden haben bisher total versagt. Grund der gesunkenen Milchpreise ist der drastische und grundsätzliche Mechanismus der Marktwirtschaft, die so nicht funktionieren kann. Die Milchpreise gingen und gehen deshalb zurück, weil das Angebot die Nachfrage übersteigt. Fakt ist: Nach dem Ende der EU-Milchquote können die Bauern leider beliebig viel produzieren, und so musste es kommen. Eine Misere. Kein Wunder: Es ist schon ein Wahnsinn und eine Idiotie

und fast ein Skandal, dass man Ställe genehmigt mit 500 und mehr Kühen. Russland hat als Reaktion auf die EU-Sanktionen wegen der Ukraineikrie einen Import-Stopp für Agrarprodukte verhängt, sodass sich der Westen selbst in die „Finger schnitt“. Statt Sanktionen hätte man anders reagieren und handeln müssen. Demnächst wird sich das gleiche Szenario abspielen mit dem Schweinefleisch, denn auch hier sind zu viele Schweine auf dem Markt, ein Teufelskreis sondergleichen!
Karl Schulz, 97447 Gerolzhofen

Steht die Scharia über unseren Gesetzen?

Zum Artikel „Richter erkennen Kinderehe an“ (4.6.):
Nein zur Scharia! Was musste ich da lesen, eine in Deutschland nicht erlaubte Ehe mit einem Kind wird vom OLG Bamberg als rechtmäßig erklärt. Es darf nicht zugelassen werden, dass die Scharia in Deutschland als gültiges Recht anerkannt wird. Eine 15-Jährige ist 15 und keine 16 Jahre, und hier sind nach unseren Gesetzen auch Voraussetzungen zu erfüllen.
Wie entscheidet dieser Richter dann, wenn genau dieses Mädchen zu ihrem Ehemann „Nein“ sagt und

den ehelichen Beischlaf nicht will? Bei uns liegt dann rechtlich eine Vergewaltigung vor, nach dem Recht der Scharia ist die 15-jährige Ehefrau dazu verpflichtet. Stellt das OLG dann auch die Scharia über unsere Gesetze? Man sollte mal nachfragen.
Siegbert Schneider, 97082 Würzburg
Weitere Leserbriefe finden Sie auch im Internet unter:
www.mainpost.de/leserbriefe